

Arbeiterstimme

Einzelnummer 16 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Abonen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (frei Haus 2 RM, halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / (Sprech-)Sammlerstunde 14/15 / Postfachkonto Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel (Schriftleitung: Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Straße: „Am Dresden Nr. 17 229 / Drahtloshaus: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dienstag, den 6. Juli 1926 Nummer 154

Auf dem Wege zur Rechtsdiktatur Der Wahlrechtsraub wird vorbereitet

Durch die Zurückziehung des Reichsabstimmungsgesetzes haben die Marx-Regierung und der Reichstag ihre völlige Ohnmacht gegenüber der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus enthüllt. Regierung und Reichstag lehnen sich frech über den Willen der 14 1/2 Millionen des Volkswahlrechts hinweg. Die Marx-Regierung, die auf Grund des Abstimmungsgebühresgesetz die Volkswahl schon hätte längst von der Bildfläche verschwinden lassen, ist durch die Haltung des SPD-Führers zu einem neuen Schritt ermutigt worden. Die Marx-Regierung plant die Wahlrechtsdiktatur zu haben und hat bereit, ihre Diktatur durch alle Mittel durchzusetzen. Zu diesem Zweck wird ein Zusammenschluss aller nationalsozialistischen Kreise angestrebt. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei wollen sich zu einer parlamentarischen Arbeitgemeinschaft zusammenschließen. Zur Einsetzung des Reichstages sollen alle nationalsozialistischen und monarchistischen Organisationen und Parteien herangezogen werden. Die Arbeiterbewegung im preussischen Staat, die aus Angehörigen der Volkspartei, der Deutschnationalen und anderen rechtserhaltenden Parteien besteht, einen Aufbruch erleben, der von Tausenden und Gaus unterstützt ist und in dem gelangt wird, daß mit dem parlamentarischen System ein Ende gemacht und die offene Rechtsdiktatur ausgerufen werden soll. In dieser Zeit weiß der demokratische Zeitungsoberrat nicht, daß die Parlamentarier dazu benutzt werden soll, um die ganze Reichsregierung gegen die Arbeiterbewegung zu richten.

Im Reichsabstimmungsministerium wird ein Gesetz vorbereitet, das die Abschaffung der Gewerkschaften und die Einführung der Reichsministerialverwaltung hat. Der Reichsministerialrat hat nicht nur den Entschluß über das neue Wahlrecht in Bereitschaft, sondern er läßt einen Entwurf über die Wahlberechtigung der Arbeiter ausarbeiten, der für die Arbeiter einen unerschütterlichen Wahlrechtsraub bedeutet.

Mit diesen neuen Anordnungen glauben die Monarchisten zu ihren Zielen zu kommen. Der ganze Verlauf der Reichsabstimmung beweist, daß die bürgerliche Demokratie nicht in der Lage ist, eine so einfache Frage, wie die Zurückziehung der ungesetzlichen Verfassung der Reichshäuser zu lösen. Auch der „Vorwärts“ weiß seinen Weg anzudeuten, wie auf bürgerlich-demokratischem Wege diese Frage nicht werden soll. Die SPD hat ein halbes Jahr lang die Forderung der reinen Arbeiterbewegung erhoben. Sie hat also damals viel Arbeit für notwendig und durchführbar gehalten. Jetzt aber erfüllt ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer, daß die Politik der SPD falsch war und daß man die Forderung der Arbeiterbewegung erfüllen lassen sollte.

Es weichen die sozialdemokratischen Führer vor dem Widerstand der Monarchisten zurück, anstatt den Kampf fortzusetzen und zu gewinnen.

Die Bourgeoisie schließt eine andere Taktik ein. Den Monarchisten ist es nicht gelungen, auch nicht durch die Mittel des Terror die Zahl der beim Volksbegehren abgegebenen Stimmen beim Reichstagswahlrecht herabzubringen. Die Monarchisten denken aber nicht daran, aus dieser Tatsache nunmehr den Schluß zu ziehen, daß sie ihre Taktik ändern müssen. Sie überlegen sich jetzt, welche und wie entschlossen, mit allen Mitteln ihre Ziele durchzusetzen.

Da durch die Kommunisten und unter ihrem Einfluß auf die Sozialdemokraten das Gesetz im Reichstag verhindert wurde, so muß nach bürgerlicher Auffassung eben der Einfluß der SPD und der KPD im Reichstag verhindert werden. Da aber nicht zu erwarten ist, daß bei einer Auflösung und Neuwahl des Reichstages nach dem geltenden Wahlrecht eine Schwächung dieser Parteien zu erzielen ist, sondern eine Stärkung der beiden Parteien eintreten würde, so ist für die Bourgeoisie nur der eine Ausweg möglich, das Wahlrecht zu verschlechtern, um zu ihrem Ziel zu kommen. Da aber auf verfassungsmäßigem Wege gegen den Willen der SPD und der Kommunisten eine Verschlechterung des Wahlrechts nicht möglich ist, so muß es eben mit Gewalt geändert werden. Das ist das Programm der Deutschen Volkspartei, mit der die Sozialdemokraten nicht nur in Preußen reagieren, sondern auch im Reich so fern in einer Koalition stehen möchten. Das einschlägigste Blatt der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“, spricht in ihrer Nummer vom 4. Juli wie folgt ganz offen aus, wie sich die Volkspartei die Lösung der Frage denkt:

„Soll in dieser Zeit das deutsche Volkstum die Hände in den Schößen legen oder hat es nicht vielmehr die selbstbestimmende Pflicht, sich auf sich selbst, die ihm gemeinsamen Belange und seine Kraft zu besinnen und die Zeit, in der die sozialistischen Kräfte um die Führerschaft in einer neuen Revolution kämpfen, dazu zu benutzen, um einen anständigen und gebrauchsfähigen Parlamentarismus zu schaffen? Die wichtigste Forderung, die aus den letzten parlamentarischen Ereignissen gezogen werden muß, lautet: Eine grundsätzliche Neuorientierung unserer Regierung und des Parteiensystems, und wenn sie nicht anders gekann, in ihrem letzten Neuwahl unter einem neuen, zur Not oligarchischen (ausgewählten) Wahlrecht.“

Die Pläne zur Veränderung des Wahlrechts werden in bürgerlichen Kreisen schon lange erörtert. Plannäßig haben z. B. auch die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ und der „Anzeiger“ schon lange eine Veränderung des Wahlrechts gefordert. Für die Verschlechterung des Wahlrechts ist die „Kölnische Zeitung“ verantwortlich und von besonderer Bedeutung. Diese Vorberater führt auch in einer Reihe anderer bürgerlicher Zeitungen wieder. Selbstverständlich darf auch bei den Sozialdemokraten der Verfallensbruch ein sozialdemokratischer Renegat nicht fehlen. August Bruns, der sich als sozialdemokratischer Oberpräsident am Kapodenauer bereitwillig, verpflichtet in der „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel, in dem er sich für die Verwirklichung einer Verfassung überwindung einsetzt und die Verschlechterung der bürgerlichen Demokratie fordert. Anschließt dieser Klügelungen der monarchistischen Kreise zur Rechtsdiktatur ist es heute mehr denn je die Pflicht der Arbeiter, sich auf ihre Pflicht zu besinnen, ihre Klassenorgane zu stärken, die Abwehr aller bürgerlichen Maßnahmen vorzubereiten und darüber hinaus die Gegenwehr zu organisieren. Den Klügelungen der Kontroversen muß die geschlossene Abwehrfront der Arbeiter entgegenzusetzen werden. Den Staatsstreikmaßnahmen der Monarchisten gegenüber gilt es, die Einheitstaktik der Arbeiter und aller Werktätigen entgegenzusetzen. Alle Kräfte sind es deshalb zu mobilisieren, um den Monarchen der Werktätigen zu organisieren. Schluß mit den monarchistischen Staatsstreikplänen. Fort mit der Marx-Regierung!

Die Folgen des Bergarbeiterstreiks

Seit Kriegsende ist die wirtschaftliche Krise in England geradezu chronisch geworden. Die Erzeugnisse der englischen Industrie finden nicht mehr ihren Absatz auf dem Weltmarkt, wie vor dem Kriege, und die Zahl der Arbeitslosen war in den letzten Jahren stets über eine Million. Die Ursache dieser Erscheinung lag in dem Verfall der europäischen Wirtschaft nach dem Kriege. Der europäische Markt, vor allem Mittel- und Osteuropa, konnte nicht mehr in früherem Umfang die englischen Fabrikate aufnehmen. Doch die Krise der englischen Wirtschaft wurde in noch viel größerem Maße als durch den Verfall der europäischen Wirtschaft durch die Industrialisierung der außereuropäischen Länder bewirkt. Die Erzeugnisse der englischen Industrie gingen vor dem Kriege nach Asien, Afrika, Amerika und Australien. Diese Gebiete waren damals für die europäische, vor allem für die englischen Fertigfabrikate unerschlossen. Heute sind sie es nicht mehr in diesem Umfang. Englands Industrie hat sich nicht nur in Japan, sondern auch in Indien und China, nicht nur in den USA, sondern auch in den südamerikanischen Ländern, nicht nur in Transvaal, sondern auch in Argentinien gebildet. Einige außereuropäische Länder, wie die USA und Japan, können sogar einen erbitterten Konkurrenzkampf mit den Erzeugnissen der englischen Industrie aufnehmen, die jenseits aus dem Weltmarkt zu verdrängen. Dieser Industrialisierungsprozess der außereuropäischen Länder, der durch den Weltkrieg beschleunigt und vorwärts wurde, hat, wie schon gesagt, in erster Linie dazu geführt, daß die Krise in England zu einer chronischen wurde.

Die schwere Lage der englischen Industrie, deren Export abnehmend ist, offenbart sich auch in den Geschäftsergebnissen der großen englischen Aktiengesellschaften. Die meisten großen Konzerne schütten keine Dividenden aus und wiesen in ihrer Bilanz enorme Verluste auf. In dieser Beziehung ist besonders stark der „British Cotton“ zu erwähnen. Dieser englische Konzern, der während des Krieges sich zu einem enormen Unternehmen ausweitete, erlitt eine Reihe von Großbetriebsverlusten während des Krieges neu gebaut und konnte dabei während des Krieges erhebliche Verluste erleiden. Die Arbeit für den Baumwollmarkt hat sich für Armstrong gelohnt. Und nun mußte auch dieses Unternehmen in den Folgen der gegenwärtigen Krise glauben. In der vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung mußte die Verwaltung die Mittelklasse machen, daß das Unternehmen im Laufe des vergangenen Geschäftsjahres einen Verlust von fast und fast 100 000 englischen Pfund, d. h. 18 Millionen Goldmark hatte. Wenn auch der Fall Armstrong ein besonders trauriger Fall ist, so zeigt er trotzdem, in welcher schwieriger Lage sich die englische arbeitende Industrie befindet. Demgegenüber sind auch die Kurse für Aktien der großen englischen Gesellschaften gefallen. Nur die Aktien der Kohlenbergbauunternehmen, wie z. B. die der „Barnwell“ in den Straits Settlements, werden höher notiert. Aber gerade diese Tatsache unterstreicht die schwere Krise der einheimischen Industrie.

Unter diesen Verhältnissen bedeutet der jetzt bereits über zwei Monate währende Bergarbeiterstreik in England einen Schlag für die einst so blühende englische Industrie. Die Kohle ist bekanntlich die Basis für die Entwicklung der Gesamtindustrie. So einfach diese These auch ist, so wenig findet sie das nötige Verständnis in der Öffentlichkeit. Denn, wenn in der sogenannten großen Krise die Lage in England betrachtet wird, so wird nur die Lage der Kohlenindustrie als solche, ohne Zusammenhang mit den anderen von der Kohle abhängenden Zweigen der Wirtschaft erörtert. Außerdem ist die Wirkung des Kohlenstreiks auf die englische Industrie geradezu katastrophal. Besonders schwer betroffen ist die eisenerzeugende Industrie, die gesamte Mittelmächte in den Kohlenbeständen. In dieser Hinsicht des europäischen Kohlenmarktes. So betrug nach den amtlichen englischen Angaben die Kohlenproduktion im Mai 68 000 Tonnen gegen 63 000 T. im April, und die Stahlproduktion 57 000 T. gegen 61 000 T. im Vormonat. Die Gegenüberstellung der Mai- zur Aprilproduktion zeigt den geradezu katastrophalen Rückgang der Produktion an Kohlen und Stahl. Der Niedergang der eisenerzeugenden Industrie bedeutet aber gleichzeitig den Niedergang der eisenerzeugenden Industrie, da derselben das Rohmaterial fehlt. Es kommt es auch, daß fast sämtliche Werke der Eisenindustrie still liegen.

Man wird aber vielleicht uns erwidern, daß die Produktionskosten für Kohle nicht merklich sein könnten, da im Mai der Generalstreik war. Darauf ist folgendes zu sagen:

Ebensowenig dauerte der Generalstreik nicht den ganzen Monat. Amiens konnten sich gerade im Mai die Auswirkungen des Kohlenstreiks nicht in dem Maße zeigen, wie im Juni, d. h. nachdem bereits etwa zwei Monate keine Kohle gefördert wurde. Es ist deshalb kaum anzunehmen, daß die Juniproduktion, aber die noch keine Herabsetzungen vorliegen, erheblich größer sein wird als die im Mai. Ein direkter Beweis dafür, daß die Kohlen- und Stahlproduktion auch im Juni darniederliegt, ist aus dem Wochenbericht der Londoner Eisen- und Stahlindustrie vom Ende Juni zu ersehen. In dem Bericht heißt es, daß infolge des Brennstoffmangels der englischen Eisen- und Stahlindustrie aus dem Wettbewerb des Weltmarktes praktisch vollständig ausgeschlossen. Nachfrage sei zwar am Inlandmarkt vorhanden, aber die Hüttenindustrie sei gar nicht mehr in der Lage, nennenswerte Mengen zu liefern. Deshalb sei die Nachfrage nach ausländischem Material gestiegen. Aber der Import ausländischer Kohlen ist aus dem meisten im Inland gelegenen Häfen keine Beförderung möglich, da die Transportkosten in den Häfen außerordentlich hoch sind und nur den meisten Bergarbeitern nicht getragen werden können. Dieser Bericht spricht eine deutliche Sprache und beweist leider Kommissare. Wir wollen dabei nochmals daran erinnern, daß dies alles in einer Zeit geschieht, wo die englische Industrie seit Jahren keinen

Hier helfen nicht Worte — nur Brot!

Seit Monaten stehen über 1 Million Bergarbeiter im Streit. Die Kämpfe einen der schwersten und opferlichsten Wirtschaftskämpfe der letzten Jahrzehnte. Der Ausgang des Kampfes ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Bergarbeiter selbst, sondern für die gesamte englische Arbeiterklasse und darüber hinaus für die gesamte internationale Arbeiterklasse. Die über hinaus für die gesamte internationale Arbeiterklasse. Die fortschrittlichsten Teile der Arbeiterbewegung haben die Bedeutung dieses Kampfes klar erkannt. Auf zahlreichen Kongressen, Konferenzen, Tausenden von Versammlungen und Kundgebungen haben Millionen europäischer und amerikanischer Arbeiter ihre Sympathie für die englischen Bergarbeiter zum Ausdruck gebracht. Hunderte von Sympathieelekogrammen und Resolutionen wurden an die Kämpfenden geschickt.

Aber das allein genügt nicht! Darüber hinaus muß jetzt alles getan werden, um den Bergarbeitern unmittelbar und praktisch zu helfen. Verschiedene Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaftsorganisationen haben zu einer wackeren und finanziellen Unterstützung der englischen Bergarbeiter aufgerufen. Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, überall einen halben Tagelohn für die englischen Bergarbeiter zu spenden.

Zu den Organisationen, die von der ersten Stunde des Kampfes versucht haben, den englischen Bergarbeitern nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu helfen, gehört die

Internationale Arbeiter-Hilfe
Sie hat alle ihre Organisationen angefordert, eine ausführende und internationale Hilfsaktion für den englischen Bergarbeiterstreik zu organisieren. In allen Ländern führen ihre Sektionen und Abteilungen Sammlungen für die englischen Bergarbeiter durch. Größere Mittel sind bereits überwiesen, kleinere Mittelungen durch ihre englische Abteilung erteilt.

Aber der langandauernde Streit verzögert die Kohle. Die Hilfe muß deshalb gesteigert werden.

Unter den Folgen der fortschreitenden Wirtschaftskrise und der Unmöglichkeit, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die Wirtschaft neu aufzubauen, leiden die Arbeiter aller Länder. Aber jetzt, in diesen Tagen, leiden am meisten die englischen Bergarbeiter und ihre Familien. In England selbst haben sich besondere Hilfskomitees zur Rettung der vom Hunger bedrohten Bergarbeiterkinder gebildet. Die IWA hat sich bereit erklärt, sofort 1000 Kinder durch ihre holländische, belgische und französische Sektion in kostenloser Pflege für mehrere Monate unterzubringen.

Es gilt, dafür das Jahrgeld aufzutreiben!

Es gilt zu sammeln, um dieses geplante Hilfswort durchzuführen zu können. Das unterzeichnete Komitee appelliert an alle Arbeiter, Angestellten, Werktätigen, in ihrer internationalen Solidarität nicht müde zu werden.

Je länger der Kampf, je größer die Not, um so freudiger die Hilfe, um so größer die Unterstützung!

Sammelt, spendet, gebt freudig, bracht das letzte Stück Brot mit den für euch kämpfenden englischen Bergarbeitern!

Den geistlichen Willen der Unternehmer zur Unterdrückung der Arbeiter helfen wir entgegen den geistlichen Willen des Weltproletariats zur gemeinsamen Hilfe für den gemeinsamen Kampf.

Das Zentral-Komitee der Internationalen Arbeiter-Hilfe —
Alois Jellin — Willi Münzenberg — Francesco Mifano —
Georg Ledebour, Deutschland — C. Devosfort — Henry Baw-
dick, Frankreich — J. Krust — Von Waixes, Holland —
L. Bouché — Sabosa Etchawa, Tschechoslowakei — Dr. Abiet —
Dr. Fejshaut, Dänemark — I. Johnson — E. Recudenthal, Schweden — H. Wagnerscht — Biedentapf, Amerika.